



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Schweinitz, Wilhelm von: Abriß meiner Haager Berichterstattung : ein
Beitrag zur Geschichte des letzten Kriegsjahres

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Abriß meiner Haager Berichterstattung

Ein Beitrag zur Geschichte des letzten Kriegsjahres

Von Wilhelm von Schweinik

(vom Herbst 1917 bis Kriegsschluß Militär-Attaché im Haag)

(Fortsetzung aus Heft 50)



rgend wer hat Amphibien als Tiere definiert, die auf dem Lande nicht leben können und im Wasser sterben. Etwas ähnliches ließe sich vom Militärattaché behaupten. Den militärischen Vorgesetzten ist man zu weich und den diplomatischen zu wild. Das Auswärtige Amt hatte der D. S. L. den Bericht eines Vertrauensmannes aus dem Haag übersandt, in dem behauptet wurde, ich hätte im April 1918 den Standpunkt vertreten: Der Krieg mit Holland kommt doch über kurz oder lang, also warum nicht gleich? Hierzu mußte ich mich äußern. Ich meldete, die Behauptung des Anonymus sei unwahr, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen. Mein Standpunkt während der kritischen Zeit sei der gewesen, keinen Zweifel an unserem Ernst aufkommen zu lassen. Hierdurch werde am sichersten der Gefahr vorgebeugt, daß sich Holland unter Annahme eines deutschen Bluffs und aus Besorgnis vor den Repressalien der Gegenseite, die immer gleich Ernst mache, auf eine für die Fortdauer unserer guten Beziehungen, gefährliche Intransigenz festlege. Die Gesandtschaft im Haag hatte mit dieser Denunziation nichts zu tun. Sie zeigte sich der ihr gestellten Aufgabe gewachsen. Daß sich deren Lösung verschleppte, lag an der ungenügenden Unterstützung durch Berlin. Am 27. Mai 1918 konnte ich endlich berichten, daß die Sache erledigt sei. „Holland hat unsere Forderungen für Durchfuhr nach Belgien, Ausfuhr von Kies und Freizügigkeit der Binnenschiffahrt mit unwesentlichem Vorbehalt angenommen. Es steht somit den Verhandlungen über ein neues Wirtschaftsabkommen nichts mehr im Wege. Ich habe unserer Kommission gegenüber die Notwendigkeit hervorgehoben, bei ihren Verhandlungen die post bellum Periode zu berücksichtigen. Holland kann uns in ihr die wichtigsten und nicht ersetzlichen Dienste leisten, wenn es den Krieg als neutraler Staat und im Besitz seiner Kolonien überdauert. Nämlich als Umschlagplatz im Verkehr mit unseren gewesenen Feinden und als Lieferant von Kolonialrohstoffen. Stellen wir unsere Wirtschaftspolitik hierauf ein, so dürfte das Mißtrauen des Holländers abnehmen und Verständnis für unsere wirtschaftliche Interessengemeinschaft keimen.“ Hiermit vertrat ich die Anschauungen der D. S. L. Diese Feststellung ist im Hinblick auf die neue Verwicklung, von der die seeben entwirrt abgelöst wurde, von Wichtigkeit.

Sie wurde durch englischen An- und Abflug über niederländisches Gebiet veranlaßt, über den sich unsere Truppen in Nordost-Belgien seit Mitte Mai beklagten. Die D. S. L. sprach den berechtigten Wunsch aus, die holländische Regierung möge dem umgehend vorbeugen. Demgegenüber stellte sich Holland auf den ebenso einwandfreien Standpunkt, daß dies ohne ausreichende Unterlagen, als die unsere bisherigen Feststellungen nicht gelten konnten, nicht zu machen sei. Eine Spannung schien schwer zu vermeiden, obgleich politische Hintergedanken bei unserer D. S. L. weber vorhanden waren, noch holländischerseits angenommen wurden. Auf meinen Vorschlag wurde mir die Regelung dieser Angelegenheit überlassen. Meinen ersten Militärbericht über sie schrieb ich am 28. Mai und ließ ihm schon am 1. Juni einen zweiten folgen. Er gab für die weitere Behandlung des Zwischenfalles folgende Gesichtspunkte: „Die holländische Neutralität ist die beste Sperre gegen englischen Anflug auf die rechte Flanke unserer belgischen Stellung und auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Ihre Verteidigung durch das

holländische Militär wird nach bestem Können, aber mit unzulänglichen Mitteln erfolgen und hat deshalb nur geringen Wert. Ihre politische Verteidigung durch die holländische Regierung hat dagegen, wenn sie energisch betrieben wird, alle Aussicht auf Erfolg, da Hollands Kriegseintritt den Engländern nicht erwünscht ist. Die holländische Regierung muß veranlaßt werden, den planmäßigen Anflug zum Angriff durch ihren Luftraum als unfreundlichen Akt anzusehen. Die Unterlagen für den Tatbestand müssen in deutsch-holländischem Benehmen beigebracht werden.“ In einem dritten Militärbericht vom 9. Mai schlug ich in dieselbe Kerbe. Die verschiedenen Möglichkeiten der Schändung des neutralen Luftraums hatte ich mir in folgendes Schema gebracht:

1. ohne dolus (Verfliegen),
2. mit dolus.
 - a) im Einzelfall (wie bei dem englischen Flieger, dem eine Karte mit eingezeichnetem Weg durch holländischen Luftraum abgenommen wurde),
 - b) gleichzeitiger oder fortgesetzter An- und Abflug zahlreicher Flugzeuge zum oder vom Angriff.

Den Fall zu 2b bezeichnete ich als Durchmarsch, der dem auf gewachsenem Boden gleichzuachten sei. Ein Protest, wie wir ihn wünschten, stünde nur zu erwarten, wenn der Tatbestand zu 2b belegt werde. Vom 12. bis 17. Juni fuhr ich wegen der holländischen und der allgemeinen Lage ins Große Hauptquartier. Die An- und Abflugfrage hatte indessen schon vor meiner Ankunft ihren akuten Charakter verloren. Seine Majestät hatte angeordnet, daß sie nach meinem Vorschlag vom 1. Juni behandelt würde. Es ist dies der einzige Fall kaiserlicher Autokratie während des Krieges, über den ich aus eigener Wissenschaft berichten kann. Ich wünschte, derartige Fälle wären zahlreicher gewesen.

Für General Ludendorff machte ich am 14. Juni in Avesnes eine Niederschrift über die politische Vorbereitung des Kriegsendes. „Die Frage steht jetzt, aber vermutlich nicht mehr lange zur Entscheidung, ob wir das Kriegsende im Anschluß an den Sommerfeldzug herbeiführen oder ins Ungewisse hinausrücken wollen. Gegen die Weiterführung des Krieges bis zum militärischen Austrag sprechen weniger rein militärische als politische und zwar innerpolitische Gründe. Die physische und moralische Kraft unseres Volkes hat ihre Grenzen, die, wenn irgend möglich, nicht überschritten werden dürfen. Zwingt die Not dazu, ihm übermenschliches zuzumuten, so wird es dies nur einer Regierung und Heeresleitung zuliebe ertragen, die alles getan haben, um es ihm zu ersparen. Dies hat unsere Regierung bis heute nicht getan. Es wäre an ihr, die Kriegführung zu bedingen. Dazu ist sie jedoch zu schwach. Unsere Heeresleitung steht deshalb vor der von Napoleon nicht gelösten Aufgabe, sich selbst in den Fügeln zu fassen. Für den zu fassenden Entschluß sind folgende Unterlagen vorhanden:

1. Die aus Verlängerung des Krieges über den jetzigen Feldzug hinaus zu erwartenden Vorteile werden durch die in Kauf zu nehmenden Nachteile (fortschreitende Demokratisierung, Hungerseuchen usw.) mehr als wett gemacht. Daß sie errungen werden, ist aber nicht einmal sicher, da man England schwer und Amerika überhaupt nicht militärisch niederkämpfen kann.

2. England und Amerika werden sich niemals zu einem Frieden bereifinden, der Belgien nicht wiederherstellt. Darüber darf man sich keinen Illusionen hingeben. Auch über die Abtretung von französischem Gebiet wird England nicht mit sich verhandeln lassen.

3. Mit England ist überhaupt erst zu reden, wenn Frankreich auf Elsaß-Lothringen verzichtet hat. Dieser Verzicht läßt sich nur durch Ausbau unserer militärischen Erfolge gegen Frankreich erreichen. Es bedarf weiterer Niederlagen der französischen Armeen.

4. In England ist eine Friedenspartei vorhanden, die wir im Hinblick auf den psychologischen Moment, den Verzicht Frankreichs, kräftigen müssen.

5. Wird er verpaßt, dürfte sich der englisch-amerikanische Widerstand versteinern. England und Amerika werden am ehesten verhandeln, wenn sie zu Lande noch nicht selbst vernichtend geschlagen worden sind.

Zurzeit scheint man die Dinge laufen zu lassen. Reichsleitung und Auswärtiges Amt sind zu zwingen, sich über Vorbereitung des Kriegsendes mit der D. S. L. zu verständigen und sie ohne Zeitverlust in Angriff zu nehmen." Ich hatte nach Orientierung bei der Abteilung Fremde Heere den bestimmten Eindruck gewonnen, daß wir noch zu wesentlichen Erfolgen gegen die Franzosen oder gegen die Engländer befähigt waren. Ich war deshalb dafür, die Franzosen, Entscheidung suchend anzugreifen. Daß wir sie nicht vernichtend schlugen, erklärt sich aus der Verseuchung verschiedener Fronteinheiten durch die Heimat. Der Dolchstoß in den Rücken der Armee ist Tatsache. Nur er hat den militärischen Erfolg im Westen verhindert.

Längere Berichte habe ich in der Folgezeit nicht mehr geschrieben. Ich begnügte mich mit Telegrammen, von denen ich keine Durchschläge besitze. Militärische Notizen über Amerika und England wurden fast allabendlich abgesandt. Über die politische Entwicklung in diesen Ländern hielt sich die D. S. L. durch Durchschläge der vorzüglichen Pressereferate der vom Auswärtigen Amt reorganisierenden „englischen Hilfsstelle Haag“ auf dem laufenden. Unsere Verhandlungen wegen des englischen An- und Abflugs nahmen einen befriedigenden Verlauf. Zu dieser Angelegenheit schrieb ich am 20. Juli: „Wir haben den Beobachtungsaustausch dadurch erreicht, daß wir ihn rein militärisch behandelt haben. Das politische Moment wurde zwar nicht verkannt, aber absichtlich ignoriert. Den Beitritt zu unserem grundsätzlichen Standpunkt werden wir am ehesten erreichen, wenn wir ihn rein juristisch zur Diskussion stellen. Die Frage der Neutralität des Luftraums und seiner Verletzung interessiert auch die übrigen Neutralen. Holland als Heimat des Grotius und des Völkerrechts erscheint jedoch in erster Linie berufen, das Luftrecht für den unmittelbaren Bedarf der Neutralen vorläufig zu formulieren. Mit diesem Ersuchen könnten wir unter Darlegung unserer Auffassung an Holland herantreten und ihm nahelegen, sich zur Klärung dieser Frage nicht nur mit den übrigen Neutralen, sondern auch mit der Gegenseite ins Benehmen zu setzen. Wird die Neutralität des Luftraums zum Gegenstand eines internationalen Gedankenaustausches, so kann sich England nicht ausschließen. Ich verspreche mir hiervon eine verstärkte Wirkung des holländischen Protestes, den wir nach Beibringung ausreichender Unterlagen bestimmt erreichen werden. Der Protest hat nämlich nur einen Zweck, wenn er England veranlaßt, das Überfliegen zu unterlassen. Damit, daß Holland nach erfolglosem Protest die diplomatischen Beziehungen zu England abbricht, wäre uns in keiner Weise gedient. Nach allem muß unser Ansinnen an Holland sich nicht als Ausfluß von Mißtrauen darstellen, sondern sich in die Form eines Antrages an die zuständige Stelle, den völkerrechtlichen Sachmann unter den Neutralen kleiden, eine heikle juristische Frage im Allgemeininteresse provisorisch zu klären.“

Die letzte Juliwoche brachte schlechte Nachrichten. In Familienbriefen vom 23. und 29. Juli schrieb ich: „Foch hat seine Sache beim Gegenangriff gut gemacht, man braucht seinen Teilerfolg aber nicht tragisch zu nehmen.“ Und: „Ich höre, daß sie im Rheinland die Ohren hängen lassen. Die größten Schreier sind die ersten, unzufallen.“ Unter dem 1. August regte ich bei der Auslandsstelle der D. S. L. (bisher militärische Stelle beim Auswärtigen Amt) an, dem Lord Lansdowne, der sich erneut geäußert hatte, durch Prinz Max von Baden antworten zu lassen. Der Prinz könne etwa sagen: „Unsere Regierung muß leider schweigen, da ihre letzten Avancen schnöde zurückgewiesen wurden. Wir sind jedoch nach wie vor zum Verständigungsfrieden bereit. Die Ziele unseres Verteidigungskrieges müssen wir natürlich erreichen. Brest-Litowsk verstoßt nur scheinbar gegen diese

Programm. Wir haben Rußland oft genug Gelegenheit geboten, sich mit uns zu verständigen. Es wollte aber nicht. Schließlich haben wir gründlicher gesiegt, als unserem Interesse entsprach. Jetzt muß man sich mit dem russischen Chaos irgendwie auseinandersetzen. Ist es England mit den Wilsonschen Kriegszielen ernst, steht der Verständigung nichts im Wege. Anders, wenn es sich durch Geheimverträge gebunden haben sollte. Deutsches oder verbündetes Gebiet ist nicht zu haben. Elsaß-Lothringen ist uns in gleichem Maße ein *noli me tangere* wie Belgien für die Gegenseite. Daß wir Belgien nicht behalten wollen, wurde unumwunden erklärt. Die Aufregung über den Ausdruck „Faustpfand“ ist unehrlich. Die Räumung Belgiens vor Friedensschluß gäbe die rechte Flanke des besetzten Gebietes in Frankreich preis. Stehen keine territorialen Kriegsziele der Verständigung entgegen, könnte sie durch ideelle verhindert werden. Wie sieht es damit? Wir beanspruchen das Recht, auf unsere Fassung selbig zu werden, ohne darüber zu vergeßen, daß wir einen Teil der Menschheitsfamilie ausmachen. Die Wirklichkeit dem Ideal anzunähern, ist Sache des Realpolitikers. Die Völker marschieren auf verschiedenen Straßen dem gleichen Ziel entgegen. Politische Religionen sind bodenständig. Das lasse sich der Menschheitsmentor in Washington gesagt sein. Während er den Realien mehr Rechnung tragen muß wie bisher, empfiehlt sich für uns ein verständnisvolleres Eingehen auf seine humanitären Ideen. Nur besonders begnadete Menschen besitzen bei der allgemeinen Kriegspsychose an ihrer Objektivität Masken, die gegen die von der Hezypresse aller Länder abgeblasenen Giftschwaden schützen. Die Entfremdung zwischen den Völkern ist so weit gediehen, daß ein verständiges Wort leicht überschrien wird. Möge dieses Echo der Lansdowneschen Rundgebung trotzdem über den Kanal schallen.“ Am 7. August konnte ich eine günstige Wirkung des Interviews Hindenburg-Ludendorff mit seiner kraftvollen Offenheit feststellen und fügte hinzu: „Ich halte die Methode, mit der wir Lloyd George zu stürzen versuchen, für falsch. Jeder direkte Angriff stärkt ihn. Wir kommen ihm nur indirekt durch seine politischen Gegner bei. Diese müssen wir unterstützen, ohne sie als Patrioten zu diskreditieren. Dem Realpolitiker Wilson setzen wir am wirksamsten zu, indem wir den Idealpolitiker Wilson gegen ihn ausspielen.“

Wie ich damals über den Präsidenten dachte, ergibt sich aus einer Unterlage vom 6. August für die einschlägige Mundpropaganda. „Präsident Wilson ist uns schon wegen seiner Manierenlosigkeit gegen unser Kaiserhaus der unsympathischste unserer vielen Gegner. Die landläufige Ansicht über seine Politik ist die, daß er aus persönlicher Anglomanie den Krieg mit Deutschland vom Zaune gebrochen hat und diese Niedertracht durch humanitäre Phrasen zu verschleiern sucht. Trotz seiner englischen Abstammung ist er doch wohl zunächst Amerikaner. Allerdings ein Amerikaner mit ausgesprochener Sympathie für England. Außerdem ist er Professor und Politiker, welches von beiden im Nebenamt, bleibe dahingestellt. Um sicher zu gehen, tun wir gut, ihm ein realpolitisches Programm zu unterstellen. Daß bei einem angelsächsischen Politiker materielle und ideelle Bestrebungen parallel laufen, ist nichts außergewöhnliches. Cromwell lagen Bibel und Navigationsakte gleich gut. Im Kubanischen Krieg gingen Philanthropie und Sugar-Trust Hand in Hand. Der Vorwurf der Hypokrisie dürfte kaum berechtigt sein. Jedenfalls ist Wilson als Feind toderntst zu nehmen. Aus seiner Feindschaft hat er von vornherein kein Hehl gemacht. Von ihm aus ist nichts gegen die Hungerblockade und die Waffenlieferungen an die Entente geschehen. Er hat die Lage mitgeschaffen, die uns zum Unterseebootkrieg zwang. Daß er feinetwegen in den Krieg eingetreten wäre, ist unwahr. Er fand an ihm einen Vorwand, um unseren Sieg über England zu verhindern. Dies geschah nicht nur im englischen, sondern im amerikanischen Interesse. Es erschien zweckmäßig, mit geringer eigener Gefahr einer deutschen Hegemonie in der alten Welt vorzubeugen. Außerdem bot die Intervention Gelegenheit, London als Weltbank abzulösen, der Union eine Militärmacht (Heer und Flotte) zu verschaffen und eine

amerikanische Handelsflotte ins Leben zu rufen. Diese amerikanischen Kriegsziele sind in verblüffend kurzer Zeit erreicht worden. Daß Wilson diese Körner als blindes Huhn gefunden haben sollte, ist nicht anzunehmen. Aber warum sieht Amerika weiter? Ein übermächtiges England wäre ihm unbequem, die Kriegsziele von Frankreich und Italien sind ihm gleichgültig. Japan könnte bei längerer Kriegsdauer auf Extravaganzen verfallen. Man darf aber zweierlei nicht vergessen. Die materielle Leitung des amerikanischen Krieges ist in die Hand von Plutokraten übergegangen, die nicht wollen, daß ihre milchende Kuh vorzeitig geschlachtet wird. Das zweite ist Wilsons vermutlich ehrlicher politischer Idealismus. Jeder Amerikaner ist damit einverstanden, daß die Kriegsbeteiligung der Union materielle Vorteile einbringt. Dies ist ihm aber nicht die Hauptsache. Er fühlt sich als Kreuzfahrer und will für seine Religion, die Demokratie, Konvertiten machen. Der Idealist Wilson ist also immer noch der spiritus rector des amerikanischen Krieges. Nun sind aber die Verbündeten des Präsidenten über seine ideellen Kriegsziele zur Tagesordnung übergegangen. Daß Clemenceau auf sie pfeift, wußte man schon längst. Lloyd George hat sich bis vor kurzem verstellt. Jetzt hat er aber, um die Unionisten für seine Rhafi-Wahlen einzufangen, deren schutzzöllnerisches Programm in einem Umfang übernommen, das sich mit dem Völkerbund nicht mehr vereinigen läßt. Was sagt der Präsident zu dieser Wandlung? Ist er ehrlich, muß er den Verbündeten desabonieren, tut er es nicht, ist er als Prophet kompromittiert. Der Völkerbund, wie ihn Wilson träumt, liegt jenseits der Verwirklichungsmöglichkeit. Wir wollen uns ihm aber entgegen entwickeln. Natürlich unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse, die sich aus Geschichte und Geographie für uns ergeben. Weder die materiellen noch die ideellen Kriegsziele Amerikas, sondern ausschließlich territoriale Wünsche der Entente stehen der Verständigung entgegen. Daran, daß der Krieg bald beendet wird, ist niemand interessierter als die Holländer. Sie werden sonst doch noch einbezogen. Infolgedessen sind sie die Gegebenen, die Diskrepanz zwischen dem Programm Wilsons und dem seiner Verbündeten zur Weltdiskussion zu stellen.“

(Fortsetzung folgt.)

Unser größtes Vaterland ist Himmel und Erde, unser großes Europa, unser kleines Deutschland. Wer sein kleines nicht liebt und verteidigt, ist des großen und größeren nicht wert und wird es nimmer gewinnen. Wir waren Menschen, ehe wir Bürger wurden; aber was für Menschen? Wir wollen durch die Bürgerschaft zur höheren Menschlichkeit; darum müssen wir unser Volk und unser Vaterland lieben.

*

Vom zehnten bis fünfzehnten Jahrhundert waren wir das mächtigste Volk Europas, blieben es durch Bahnen noch ein Jahrhundert, dann stärkten die anderen sich durch Einheit der Regierung und Verfassung, wir schwächten uns durch Zerstückelung und Zwietracht, haben uns selbst zuerst verdorben und dürfen nicht klagen, daß Fremde die Arbeit vollendeten.